

Damals wie heute? - Koloniale Kontinuitäten in der Wirtschaft

Nach einem Einstieg in das Thema Kolonialismus, lesen die Schüler*innen je einen Text zu einem Beispiel aus der Kolonialzeit und einem entsprechenden Beispiel aus der Gegenwart. In Kleingruppen analysieren sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Situationen und stellen diese anschließend der gesamten Gruppe vor.

Ziele

Die Schüler*innen kennen Ausschnitte der europäischen Kolonialgeschichte.
 Die Schüler*innen kennen Verbindungen zwischen dem Kolonialismus und heutigen globalen ökonomischen Strukturen und Machtverhältnissen und diskutieren.
 Die Schüler*innen beurteilen, inwiefern sie selbst in ausbeuterische Produktionsbedingungen verstrickt sind. Sie werden zur kritischen Reflexion ihrer eigenen Lebenswelt und Lebensweise im Globalen Norden auf Kosten des Globalen Südens angeregt.
 Die Schüler*innen suchen nach Handlungsmöglichkeiten, um globale Ausbeutung/ Neokolonialismus zu verringern.

Lehrplananbindung	<p>Oberschule</p> <p>10. Klasse Geographie, Lernbereich 2: „Der heimatliche Kulturraum im System globaler wirtschafts- und sozialräumlicher Entwicklungen“ 10. Klasse Gemeinschaftskunde (GRW), Wahlpflichtbereich 2: „Chancen und Risiken der Globalisierung“</p> <p>Gymnasium</p> <p>11. Klasse Geographie, Grundkurs Lernbereich 3/ Leistungskurs Lernbereich 5: „Globale Disparitäten und Verflechtung“ 11. Klasse Geographie, Leistungskurs Lernbereich 6: „Analyse wirtschaftsräumlicher Entwicklungen“ 12. Klasse Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/ Wirtschaft, Grundkurs Lernbereich 1/ Leistungskurs Lernbereich 2: „Wirtschaft und Wirtschaftsordnung in der globalisierten Welt“ 12. Klasse Gemeinschaftskunde/ Rechtserziehung/ Wirtschaft, Leistungskurs Wahlpflicht 1: „Ökonomie und Gewalt“ 12. Klasse Geschichte, Leistungskurs Wahlpflicht 2: „Entkolonialisierung und Folgekonflikte“</p>
Zeitbedarf	2 UE/ 90 Min.

Material und praktische Vorbereitung

Die Texte mit den Beispielen werden ausgedruckt (Anlage 1). Je nach Gruppengröße und zur Verfügung stehender Zeit können alle Beispiele oder aber eine kleinere Auswahl genutzt werden. Eine Pinnwand wird mit der Überschrift „Damals wie heute? Wirtschaftliche Machtverhältnisse von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart“ und einem Bogen Flipchartpapier versehen.

Inhaltliche Vorbereitung

Kolonialismus und Rassismus sind komplexe Themengebiete. Für die Lehrperson ist es wichtig, sich selbst emotional und theoretisch mit dem Thema zu beschäftigen, die eigenen Verflochtenheiten anzuerkennen und eine eigene Position dazu zu entwickeln. Zur Vertiefung des Themas sei folgende Literatur empfohlen:

- ⑩ Arndt, Susan: Rassismus. Die 101 wichtigsten Fragen, München 2015
- ⑩ Mecheril, Paul und Melter, Claus: Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Mecheril, Paul u.a.: Migrationspädagogik, Weinheim und Basel 2010

- ⑩ Sow, Noah: Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus, München 2008
- ⑩ Wendt, Reinhard: Vom Kolonialismus zur Globalisierung. Europa und die Welt seit 1500, Weinheim und Basel 2007

Durchführung

1. Brainstorming (10‘)

Nach einer kurzen Einleitung, in der Ziele und Inhalte der Methode vorgestellt werden, wird mit einem Brainstorming der Wissensstand der Schüler*innen identifiziert. Die Frage „Was heißt Kolonialismus und welche Assoziationen habt ihr dazu?“ wird auf dem Flipchartpapier visualisiert und die Schüler*innen werden gebeten, ihre Gedanken dazu zuzurufen. Die Lehrperson schreibt Schlagworte zu den Meldungen auf dem Flipchartbogen mit.

2. Kleingruppenarbeit mit Beispielen (35‘)

Die Schüler*innen werden je nach Größe der Gesamtgruppe in Kleingruppen von 2-4 Personen eingeteilt. Jede Kleingruppe erhält zwei Texte zu einem Thema, d.h. einen Text mit dem Beispiel aus der Kolonialzeit und einen Text mit dem entsprechenden Beispiel aus der Gegenwart (Anlage 1). Die Schüler*innen werden gebeten, beide Texte zu lesen und folgende an der Tafel visualisierte Fragen in der Kleingruppe zu besprechen:

1. Welche Akteure sind an den beschriebenen Ereignissen beteiligt? Welche Interessen verfolgen diese Akteure? Wer hat welche Macht (Entscheidungsmacht, Durchsetzungsmacht, Widerstandsmacht etc.) und wodurch?
2. Wo seht ihr Ähnlichkeiten oder Kontinuitäten zwischen den beiden beschriebenen Ereignissen?
3. Wo seht ihr Unterschiede oder Veränderungen?

Die Kleingruppen halten ihre Ergebnisse knapp und gut leserlich auf einem Flipchart fest.

3. Präsentation (30‘)

Die Kleingruppen werden gebeten, ihre Beispiele und ihre Ergebnisse auf ihren Flipcharts kurz vorzustellen. Dazu werden die Flipcharts nacheinander an der Pinnwand oder im Raum aufgehängt.

Auswertung (15‘)

Abschließend können folgende Fragen in der Gesamtgruppe diskutiert werden:

- ⑩ Was fällt euch an den vorgestellten Beispielen auf? Welche Gedanken habt ihr dazu?
- ⑩ Welche weiteren Kontinuitäten und Veränderungen seht ihr in den globalen wirtschaftlichen Machtverhältnissen?
- ⑩ Was hat eurer Meinung nach die beschriebenen Machtverhältnisse ermöglicht – damals und heute?
- ⑩ Inwiefern profitieren wir selbst davon, dass es immer noch Gewinner*innen und Verlierer*innen in der globalisierten Wirtschaft gibt? Inwiefern sind wir negativ davon betroffen?
- ⑩ Welche Handlungsmöglichkeiten seht ihr in den Feldern Politik, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Individuum, um postkoloniale Ausbeutung zu verringern?
- ⑩ Welche Organisationen kennt ihr, die sich in verschiedenen Bereichen dafür einsetzen?
- ⑩ Wie könnt ihr selbst dazu beizutragen?

Kompetenzerwerb

Erkennen

Informationsverarbeitung: Die Schüler*innen können Informationen zur europäischen Kolonialgeschichte und Folgen des Kolonialismus verarbeiten.

Analyse des globalen Wandels: Die Schüler*innen können Zusammenhänge zwischen dem

Kolonialismus und heutigen globalen ökonomischen Strukturen und Machtverhältnissen fachlich analysieren.

Bewerten

Kritische Reflexion und Stellungnahme: Die Schüler*innen können durch kritische Reflexion dazu Stellung beziehen, inwiefern sie selbst in ausbeuterische Produktionsbedingungen verstrickt sind. Sie werden zur kritischen Reflexion der Lebensweise im Globalen Norden auf Kosten des Globalen Südens angeregt und können sich dabei am Leitbild nachhaltiger Entwicklung und an den Menschenrechten orientieren.

Handeln

Solidarität und Mitverantwortung: Die Schüler*innen können Bereiche persönlicher Mitverantwortung zur Verringerung globaler Ausbeutung/ Neokolonialismus erkennen und als Herausforderung annehmen.

Handlungsfähigkeit im globalen Wandel: Die Schüler*innen können gesellschaftliche Handlungsfähigkeit im globalen Wandel vor allem im persönlichen Bereich sichern und die Ungewissheit offener Situationen ertragen.

Weiterbearbeitung

Die NGO Slavery Footprint hat einen Online-Test zum eigenen Konsumverhalten erstellt, der Aufschluss darüber gibt, wie viele Menschen in sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, die Lebensmittel, Elektronikgeräte, Kleidung etc. für unseren Bedarf herstellen. Der Link zum Test: http://slaveryfootprint.org/survey/#where_do_you_live

Die Beschäftigung mit globalen Gegenbewegungen kann vertieft werden. Hier ist eine kleine Auswahl an Links, die Informationen dazu bieten:

La Via Campesina, eine Internationale Bewegung von Kleinbäuer*innen aus dem Globalen Süden, stellt Nahrungssouveränität und ein Ende neokolonialer Agrarpolitik ins Zentrum ihrer politischen Arbeit: <http://viacampesina.org/en/index.php/main-issues-mainmenu-27/food-sovereignty-and-trade-mainmenu-38>

Auf Druck von lokalen Aktivist*innen verabschiedete **Costa Rica** im Jahr 2010 ein Gesetz zum Verbot von Tagebauten – vor allem zur Förderung von Gold – und untersagte den Einsatz von giftigen Substanzen wie Quecksilber und Zyanid. <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=vorerst-finito-fuer-infinito-gold>

Die indische NGO **Navdanya**, gegründet von der Trägerin des Alternativen Nobelpreises Vandana Shiva, setzt sich für eine Neuausrichtung des Nahrungsmittelmarktes mit einem Fokus auf lokale Versorgung, der Erhaltung von Böden und Mikroorganismen sowie fairem Handel für lokale, bäuerliche Gemeinschaften ein:

<http://www.navdanya.org/news/140-navdanyas-philosophy-of-fair-trade>

Die Broschüre „Mit kolonialen Grüßen“ von **glokal e.V.** – einem Berliner Verein für machtkritische, postkoloniale Bildungsarbeit – zeigt auf, inwiefern Wahrnehmungen und Berichte über den Globalen Süden in rassistische und koloniale Strukturen verwickelt sind: www.glokal.org/?edmc=980

Die Methode „Gutes Leben kann es nur für alle geben“ kann genutzt werden, um sich mit der Rolle zivilgesellschaftlicher Bewegungen im Globalen Norden und Süden für die Veränderung von Machtverhältnissen zu beschäftigen. Link: <https://www.endlich-wachstum.de/kapitel/die-globale-dimension/methode/gutes-leben-kann-es-nur-fuer-alle-geben>

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte und Schüler*innen

Das Thema (Post)Kolonialismus ist gewaltvoll. Die in der Methode aufgeführten Beispiele können schmerzvoll, insbesondere für *schwarze* Menschen bzw. People of Color (PoC). Wenn die Methode in weiß-PoC-gemischten Gruppen durchgeführt wird, sollte in der Gruppe ein gutes Vertrauensverhältnis bestehen. Die Lehrperson sollte sich überlegen, wie gleichzeitig ein Schutzraum für PoC und *schwarze* Schüler*innen aber auch ein fehlerfreundlicher Lernraum für weiße Schüler*innen geschaffen werden kann. Die Lehrperson sollte sich außerdem darauf vorbereiten, wie sie mit etwaigen Abwehrreaktionen, z.B. mit einer Verharmlosung des (deutschen) Kolonialismus, mit rassistischen Äußerungen oder mit Schuldgefühlen von weißen Schüler*innen umgehen will. (siehe auch Hintergrundmaterial für Lehrende: Didaktische Hinweise und Glossar unter www.bne-sachsen.de/themen/geschichte-der-globalisierung)

Um die Schüler*innen nicht in eine emotionale Sackgasse zu führen und um nicht die Bilder der (ehemals) Kolonialiserten als passive Opfer und der (ehemals) Kolonialisierenden als angeklagte Täter als ausschließliche Bilder zu bestärken, empfiehlt es sich, in der Auswertung sowohl auf Beispiele von historischen und zeitgenössischen Widerstandsbewegungen im Globalen Süden und Norden als auch auf eigene Handlungsmöglichkeiten der Schüler*innen in der Gegenwart einzugehen (Links mit Informationen dazu siehe unten).

Schüler*innenarbeitsblatt Titel Seite

Anlage 1: Texte „Damals“ und „Heute“ (21 Seiten)

Quellen

Dieses Unterrichtsbeispiel wurde vom *Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.* für die Anbindung an den sächsischen Lehrplan als Teil des sächsischen Umsetzungsprojekts zum Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung entwickelt.

Anlage 1: Texte „Damals“ und „Heute“

Übersicht der Texte für die Anleitenden

Thema	Beispiel „Damals“	Beispiel „Heute“
Landraub/ Enteignung	Deutsche Plantagen am Kamerunberg	Landgrabbing in Afrika
Westlicher Einfluss auf Staats- und Regierungsbildung	Koloniale Staatstaufe	Einsetzen von Regierenden in Gabun
Negatives Wirken von Banken und Unternehmen in (ehemaligen) Kolonien	Rohstoffgewinnung in Deutsch-Südwest-Afrika	Unterstützer des Apartheidregimes
Rohstoffgewinnung	Silber	Coltan
Militärische Gewalt	Der deutsche Völkermord an den Herero und Nama	Ölförderung im Niger-Delta
Rassismus	Entstehung Rassismus	Afrikabilder in der Schule
Imperiale Bereicherung	Belgisch Kongo	Zahlungen an die ehemalige Kolonialmacht
Sklaverei und ausbeuterische Arbeitsbedingungen	Sklavenhandel	Moderne Sklaverei in Europas Gemüsegarten
Internationale Handelspolitik	Erschließung des Kongo-Beckens	Malis Öffnung für den Baumwollweltmarkt
Widerstand	Der Maji-Maji-Aufstand	Kleinbauern fordern Ernährungssouveränität

Landraub/ Enteignung

Damals: Deutsche Plantagen am Kamerunberg um 1900

Bevor die Deutschen kamen, war Buea das größte von etwa sechzig Dörfern der Bakweri, die sich seit dem 18. Jahrhundert an den fruchtbaren Hängen des Kamerunbergs niedergelassen hatten, um Landwirtschaft zu betreiben. Der deutschen Kolonialverwaltung, die in den ersten Jahren nach der formalen Besitzergreifung Kameruns 1884 kaum mehr als einen schmalen Küstenstreifen kontrollierte, war dieser Ort im Weg. Denn sie wollte selbst an den Berghängen Plantagen anlegen und somit den Kolonialhandel ausdehnen. Im Dezember 1894 ließ Hauptmann Hans Dominik an der Spitze der neu aufgestellten deutschen "Schutztruppe" Buea dem Erdboden gleichmachen.

Die Zerstörung des alten Buea war der Beginn einer Kette von Demütigungen, die bis heute das Selbstverständnis der Bakweri und ihre Stellung in der kamerunischen Gesellschaft prägen. Auf die Eroberung des Kamerunbergs folgte die Verdrängung der Bevölkerung von ihrem Land. Die umfangreichen Dorfländereien wurden auf Grundlage der 1896 erlassenen "Kronland-Verordnung" als "herrenlos" erklärt und der deutschen kaiserlichen Krone übereignet, die nun riesige Flächen zu Dumping-Preisen weiter verkaufen konnte. Bis 1914 gingen auf diese Weise etwa 90.000 Hektar Land rund um den Kamerunberg an eine Handvoll großer deutscher Aktiengesellschaften über. Hinter den Unternehmen mit klangvollen Namen wie *Kamerun Land- und Plantagengesellschaft* oder *Westafrikanische Pflanzungsgesellschaft Victoria* standen hanseatische Kaufleute und rheinische Schwerindustrielle. Lediglich zwei Hektar pro Haus verblieben der lokalen Bevölkerung, von der viele in unfruchtbare Randlagen umgesiedelt wurden, um das beste Kulturland für die entstehenden Großplantagen zu räumen. Dort wurden nun Kolonialwaren wie Kaffee und Kakao für den Export in die deutsche Heimat angebaut.

Quelle:

Heiko Möhle: Eine endlose Geschichte - Nachwirkungen des Deutschen Kolonialismus in Kamerun, unter: <http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/Moehle-Kamerun276.htm> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Landraub/ Enteignung

Heute: Landgrabbing in Afrika

In den vergangenen Jahren wurden Schätzungen zufolge weltweit 203 Millionen Hektar Ackerland an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet. (Zum Vergleich: die Ackerfläche der gesamten Europäischen Union beträgt 97 Millionen Hektar.) Der überwiegende Teil der verkauften oder verpachteten Flächen, etwa 70 Prozent, liegt in nur elf Ländern. Sieben davon sind afrikanisch: Sudan, Äthiopien, Mosambik, Tansania, Madagaskar, Sambia und die Demokratische Republik Kongo. Für diese problematische Landnahme hat sich der englisch Begriff „Landgrabbing“ (das Greifen nach Land) durchgesetzt.

Ein bedeutender Teil der Investoren, die in Afrika Land kaufen, sind Energieunternehmen aus Europa, Nordamerika und zunehmend auch aus Schwellenländern, die Pflanzen für die Gewinnung von Agrartreibstoffen anbauen, z.B. Mais, Zuckerrohr, Ölpflanzen. Andere Investoren bauen Nahrungsmittel, z.B. Kakao oder Kaffee, oder Futtermittel für die Massentierhaltung an, die u.a. nach Europa exportiert werden. Neben den privaten Konzernen sichern sich auch zunehmend Investmentfonds, Banken und Hedgefonds aus dem Globalen Norden Ackerland in Ländern Afrikas.

Schwache Institutionen sowie korrupte Regierungen in den Zielländern begünstigen die Landnahme durch ausländische Großkonzerne. Die lokale Bevölkerung wird in die Verhandlungen über das Land, das sie seit Generationen bewirtschaftet, nur unzureichend oder gar nicht einbezogen. Umsiedlungen oder gar Vertreibungen von ganzen Gemeinden sind die Folge. Die Menschen verlieren damit den für ihre Ernährungsgrundlage elementaren Zugang zu Land und Wasser. Eine Entschädigung für den Verlust des Ackerlandes erhalten sie oftmals nicht. Außerdem sind die Menschen im Globalen Süden durch Landgrabbing noch stärker von steigenden Nahrungsmittelpreisen betroffen. Was zuvor selbst angebaut werden konnte, muss nun zu schwankenden und steigenden Preisen auf dem Weltmarkt eingekauft werden.

Nach aktuellen Schätzungen der Welternährungsorganisation liegt die Zahl der hungernden Menschen bei fast einer Milliarde. Die Landnahme findet größtenteils in Ländern statt, die einen besonders hohen Anteil von Hungernden an der Bevölkerung haben. Aus einem einfachen Grund: Das Land ist dort am günstigsten. Doch die exportorientierten Großplantagen der Investoren werden die dortigen Hungerkrisen wohl kaum bekämpfen, sondern nur noch weiter verschärfen.

Quellen:

Volle Tanks – Leere Teller; INKOTA-Infoblätter: Welternährung, Juli 2012, unter:

<http://land-grabbing.de/land-grabbing/#c1014>

<http://www.weltagrарbericht.de/themen-des-weltagrарberichts/landgrabbing.html> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Deutscher Bundestag: Infobrief Land Grabbing, unter:

https://www.bundestag.de/blob/192332/e135367c9c5de7bbfdf987adda71c606/land_grabbing-data.pdf (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Alexandra Endres: Wie reiche Investoren die Ressourcen Afrikas zu Geld machen, unter

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-04/land-matrix> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Westlicher Einfluss auf Saats- und Regierungsbildung

Damals: Koloniale Staatstaupe in Kamerun 1885

Schon am Namen Kamerun wird deutlich, dass das Land eine koloniale Erschaffung ist. Er wurde aus dem portugiesischen Wort „Cameroes“ (Krabben) abgeleitet. Bei ihrer Umsegelung Afrikas passierten die Portugiesen die Mündung eines Flusses, den sie „Rio dos Cameroes“ nannten, weil er voller Krabben war. In der Sprache der in der Region lebenden Douala heißt der Fluss Wouri. Aber die Europäer_innen behielten die portugiesische Bezeichnung bei. Aus der Bezeichnung des Flusses wurde zunächst der Name für die Stadt, die an der Mündung des Flusses lag, und dann die Bezeichnung für das ganze Territorium, das die Deutschen – den Bestimmungen der Berliner Afrikakonferenz entsprechend – 1885 als eigenes „Schutzgebiet“ vereinnahmten.

Der Fluss und die Stadt, Douala, haben ihren ursprünglichen lokalen Namen zurückbekommen, nicht aber der Staat. Für ihn gab und gibt es keine afrikanische Bezeichnung, denn er existierte nicht, bevor Deutschland ihn durch Grenzverträge mit England und Frankreich aus dem Nichts schuf. Viele Bevölkerungsgruppen wurden durch die kolonialen Grenzen in verschiedene Länder verteilt und mussten lernen, mit neuen Landsleuten zu leben und Verwandte in den Nachbarländern als Ausländer_innen zu betrachten. Das Gebilde, das Kamerun heißt und das seit über hundert Jahren den staatlichen Rahmen abgibt, in dem Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft organisiert werden, ist also ein koloniales Produkt. Und diese Entstehung hat nicht nur Spuren hinterlassen, sondern prägt das Leben bis heute entscheidend.

Quelle:

INKOTA: Der Kolonialismus und seine Folgen: 125 Jahre nach der Berliner Afrika-Konferenz, 2009, unter: https://www.inkota.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/inkota-brief-149_INKOTA_kolonialismus-und-seine-folgen.pdf (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Westlicher Einfluss auf Staats- und Regierungsbildung

Heute: Einsetzen von Regierenden in Gabun

Ein Beispiel für den fortbestehenden Einfluss Europas auf die Entwicklungen in ihren ehemaligen Kolonien ist die Geschichte der Regierung des afrikanischen Staates Gabun.

Gabun erhielt am 17. August 1960 offiziell seine Unabhängigkeit, wurde aber gleichzeitig in zahlreichen Verträgen zur "Zusammenarbeit" mit der französischen Kolonialmacht gezwungen. Erster Präsident, der somit zwar neu begründeten, aber weiterhin von Frankreich abhängigen Republik, wurde Léon M'Ba. Dieser war bereits Premier im französischen Kolonialregime gewesen und wurde damit sozusagen vom abgetretenen französischen Gouverneur als sein Nachfolger eingesetzt. Mit Frankreichs Unterstützung gelang es M'Ba, sich als alleiniger Machthaber zu festigen und seine politischen Gegner im Schach zu halten. Alle Oppositionsparteien wurden de facto aus dem Parlament ausgeschlossen und Gegner des Regimes öffentlich ausgepeitscht. 1964 versuchte das Militär den Diktator aus dem Amt zu jagen, doch innerhalb von nur 24 Stunden griff das französische Militär ein und schlug den Aufstand nieder. Dabei handelte es sich um die erste Militärintervention Frankreichs in einer ehemaligen Kolonie. Zwischen 1964 und 2007 hat Frankreich durchschnittlich alle 14 Monate eine große Militärintervention in Afrika durchgeführt, insgesamt 37 Militärinterventionen. Ziel dieser Interventionen war es auch immer wieder, Frankreich-freundliche Regierungen an der Macht zu halten oder an die Macht zu bringen. Die Interventionen setzen sich fort bis heute. Als M'Ba 1965 an Krebs erkrankte, waren es französische Beamte die sich um einen Nachfolger kümmerten. Der Blick fiel auf Albert-Bernard Bongo. Dieser hatte zuvor in Frankreichs Luftwaffe gedient. Der französische Präsident de Gaulle persönlich "testete" den damals 30-Jährigen und befand ihn für geeignet. Rasch wurde von Paris aus eine Verfassungsänderung organisiert, durch die Bongo Vizepräsident und nach M'Bas Tod 1967 dessen Nachfolger wurde.

Nicht nur die französischen Geheimdienste installierten sich in Gabun als Neben- und Mitregierung, sondern auch der Ölkonzern Elf Aquitaine (heute Total) sowie andere französische Firmen; diese waren an den Holz- und Edelmetallschätzen des Landes interessiert, vor allem an Mangan und Uran. Gemäß den Kooperationsverträgen hatte Frankreich stets einen privilegierten Zugang zu den Ressourcen im Land. Mit dem Ölboom der Siebziger kam der Reichtum nach Gabun. Das heißt, reich machte er Bongos Familie und den Ölkonzern Elf. Noch 1999 verfügte nur ein Prozent der Bevölkerung über 80 Prozent des Volkseinkommens. Mit der Diktatur Bongos arrangierten sich alle französischen Präsidenten von de Gaulle über Pompidou, Giscard d'Estaing, Mitterrand und Chirac bis zu Sarkozy.

Noch immer im Amt des Präsidenten, zu dem ihm Frankreich einst verholfen hatte, starb Bongo am 7. Juni 2009. Er hinterließ ein Vermögen, das auf 2,7 Milliarden Euro geschätzt wird. Als Nachfolger wurde sein Sohn Ali nominiert, der schon zuvor verschiedene Ministerämter bekleidet hatte. Im August 2009 gewann er die Wahlen, die vom Vorwurf massiver Wahlmanipulation begleitet waren. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy gratulierte als einer der Ersten.

Quelle:

Rudolf Walther: In Frankreichs Armen, unter: <http://www.zeit.de/2010/05/A-Afrika->
<http://www.zeit.de/2010/05/A-Afrika-Unabhaengigkeiten> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Negatives Wirken von Banken und Unternehmen in (ehemaligen) Kolonien

Damals: Rohstoffgewinnung in Deutsch-Südwest-Afrika seit 1883

Otavi/Tsumeb ist ein Ort im nördlichen Gebirge in Namibia. Das Gebiet weist ein gewaltiges Vorkommen von verschiedenen Mineralien auf. Schon 1883 erwarb der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz in betrügerischer Weise Küstengebiete in Südwestafrika. Als dort Diamantenfelder gefunden wurden, wurde der ganze Küstenabschnitt zum 'Deutschen Protektorat' erklärt. "Lieb soll es mir sein, wenn der ganze Grund ein kolossales Erzlager ist, dass meinethalben ein Loch aus dem ganzen Gebiet wird durch den Abbau der Erze", schwärmte Lüderitz.

1900 gründeten die deutsche und englische Kolonialgesellschaft das Konsortium OTAVI Minen- und Eisenbahngesellschaft und bekamen vom Deutschen Reich die 1,3 Millionen Hektar Land in der deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) geschenkt. Zu den Großaktionären zählten vor allem europäische Großbanken, so auch die Deutsche Bank. Das Ziel war in erster Linie die Ausbeutung der Diamanten und Kupfervorkommen und der Bau einer Eisenbahn nach Windhoek. Heute weist der OTAVI-Konzern stolz auf die hundertjährige Geschichte hin, die in Wirklichkeit keineswegs rühmlich war.

Die Gebiete, die OTAVI einst zur wirtschaftlichen Ausbeutung übereignet wurden, waren zuvor nicht unbewohnt gewesen. Vor der Kolonialzeit gehörten sie dem Volk der Herero, die aus dem Kupfer Kleingegenstände herstellten und damit handelten. Den Herero wurde nicht nur das riesige Stück Minenland geraubt, sie wurden darüber hinaus gezwungen, alle Wasserrechte an das Unternehmen abzutreten und auch die neue Eisenbahnlinie führte mitten durch ihre Ländereien.

Es waren diese Vorgänge, an denen sich der Widerstand der Herero entzündete. 1904 erklärten sie dem Kolonialregime einen Krieg, der mit dem Völkermord an den Herero durch die deutschen Truppen sein Ende fand. Die wenigen Überlebenden wurden in Konzentrationslagern interniert. Männer wie Frauen und auch Kinder mussten Zwangsarbeit im Straßen- und Eisenbahnbau und in den Minen leisten. Hauptabnehmer des geförderten Kupfers waren wiederum deutsche Unternehmen, die noch bis zur Unabhängigkeit Namibias 1989 an der OTAVI Minen AG beteiligt waren. Heute fordern die Herero Entschädigung von der Bundesregierung, der Deutschen Bank und der Deutschen Afrika-Linie. Bisher ohne Erfolg.

Quelle:

Hamburg kolonial - Global Players, unter: <http://afrika-hamburg.de/globalplayers4.html>
(zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Negatives Wirken von Banken und Unternehmen in (ehemaligen) Kolonien

Heute: Unterstützer des Apartheidregimes

Als Apartheid wird die Zeit der staatlich organisierten so genannten „Rassentrennung“ bezeichnet, wie sie es beispielsweise in Südafrika gab. Sie war vor allem durch die autoritäre, selbsterklärte Vorherrschaft der weißen, europäischstämmigen Bevölkerungsgruppe über alle nicht-weißen Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet. Die unterschiedlichen Formen rassistischer Ausgrenzung und Unterdrückung aller nicht-weißen Südafrikaner_innen im Apartheidregime sind zahlreich gewesen, z.B. Benachteiligung in Bezug auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt und Löhne, Ausschluss vom Wahlrecht und anderen politischen Rechten, eingeschränkte Bewegungsfreiheit im Land etc.

Die Apartheid war am ausgeprägtesten von den 1940er bis zu den 1980er Jahren und endete 1994 nach einer Phase des Widerstandes der schwarzen Bevölkerung mit einem demokratischen Regierungswechsel, bei dem Nelson Mandela der erste schwarze Präsident des Landes wurde. Der ANC, die Widerstandsbewegung der schwarzen Südafrikaner_innen, wurde vom Westen während des Kalten Krieges als revolutionär und prokommunistisch angesehen. Deshalb stützten die USA und Westeuropa, trotz gewisser Sanktionen, das weiße Apartheidregime als Bollwerk gegen den Kommunismus, auch weil Südafrika bedeutende Uranvorkommen hat.

Die Organisation Khulumani, die sich als Interessenvertretung der Apartheidopfer versteht, ersucht seit Jahren die Klage gegen die internationalen Profiteure des Apartheidregimes. Darunter sind auch Daimler, Rheinmetall, Deutsche Bank und Commerzbank. Unter Missachtung der UN-Sanktionen machten diese während der 80er Jahre mit dem Apartheidregime gute Geschäfte. Mit ihren Geschäften wirkten sie systemerhaltend, beispielsweise indem sie das gegen Südafrika verhängte Waffenembargo verletzten und als Zulieferer von Militärfahrzeugen an der Gewaltmaschinerie von Polizei und Militär verdienten. Neben der illegalen Stärkung des Sicherheitsapparats stützte vor allem die Kreditvergabe deutscher, schweizer und US-amerikanischer Banken das Regime. Die so entstandene hohe Staatsverschuldung der Apartheidregierung wurde der demokratisch gewählten Regierung unter Nelson Mandela nicht erlassen. Der andauernde hohe Schuldendienst, also die Rückzahlung von Krediten, die das Apartheidregime aufgenommen hatte, beschränkt bis heute den finanziellen Spielraum des Staates. Im Gegenzug machen die Banken bis heute Gewinne mit Schulden, die nun von denen zurückgezahlt werden, deren rassistische Unterdrückung sie einst finanzierten.

Quelle:

Rita Schäfer: Der lange Schatten der Apartheid. Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2010

Billige Rohstoffe um jeden Preis

Damals: Silber

Die Plünderung südamerikanischer Bodenschätze im 16. und 17. Jahrhundert war eine Geschichte der Gewalt und der Gier. Am Anfang war es der glänzende Goldschmuck der Inka, den die spanischen Eroberer und Besetzer nach Europa brachten. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts stießen sie auf riesige Silberadern. Bis zu 220 Tonnen Silber im Jahr brachten die Schiffe damals über den Atlantik. Mehr als die Hälfte davon stammte von einem einzigen Ort, dem Cerro Rico, dem »reichen Berg«, wie die Spanier_innen ihn nannten. Fast 5000 Meter hoch, liegt er am Rande der Stadt Potosí im heutigen Bolivien.

Durch Zwangsarbeit und vor allem durch die Verwendung von Quecksilber als Lösungsmittel waren die Fördermengen am Cerro Rico enorm. Diese Fördertechnik und die dabei entstehenden Gifte forderten jedoch das Leben vieler Menschen der lokalen Bevölkerung, die mit Schwertern und Gewehren von den Kolonisatoren in den Bergwerken zur Arbeit gezwungen wurden. Jährlich starben so tausende Indigene.

Die spanischen Kolonialherren hingegen wurden reich, denn die Nachfrage nach Silber in Spanien und damit auch der Verkaufspreis blieben hoch. Das Silber finanzierte die enormen Schulden des spanischen Imperiums und war der Pfeiler der spanischen Weltmachtspolitik.

Als sich im Laufe des 17. Jahrhunderts die Silberquellen erschöpften und die Förderung somit immer ineffektiver und kostspieliger wurde, nahmen die Zwangsmaßnahmen und die sklaverenähnlichen Zustände immer größere Ausmaße an. Die indigene Bevölkerung schrumpfte erschreckend zusammen. Der Versuch, afrikanische Sklav_innen als Arbeitskräfte zu nutzen, scheiterte an den klimatischen Bedingungen. Die Sklav_innen waren die schwere körperliche Arbeit auf über 4000m nicht gewohnt. Bis zur Gründung der Republik Bolivien 1825 und dem offiziellen Ende der Sklaverei starben ca. 8 Millionen Indigene und Sklav_innen afrikanischer Herkunft in den Bergwerken. Ein Zitat des spanischen Vizekönigs von Peru Graf Lemos fasst die Geschichte vom Silberberg daher ganz gut zusammen. Er soll 1699 nach seinem Besuch in den Minen von Potosí gesagt haben: „Nach Spanien wird nicht Silber, sondern Blut verschifft.“

Quellen:

Das blutige Silber vom Cerro Rico, Potosí, Bolivien, unter:

<http://menschenhandelheute.net/2011/09/18/das-blutige-silber-vom-cerro-rico-potosi-bolivien>
(zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Gold, Silber, Armut, unter: <http://www.zeit.de/zeit-geschichte/2011/01/Suedamerika-Gold-Silber>
(zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Billige Rohstoffe um jeden Preis

Heute: Coltan

Coltan, oder Tantal wie es in der Industrie heißt, ist ein seltenes, blaugraues Metall, das für viele unterschiedliche Zwecke verwendet werden kann. Es ist ein ausgezeichneter Leiter für Strom und kann Hitze gut widerstehen. Die primäre Verwendung von Tantal liegt in der Herstellung von Kondensatoren, um elektrische Ladungen zu speichern. In den allermeisten elektronischen Geräten wie Laptops, Videokameras, Spielekonsolen und Mobiltelefonen findet man diese Bestandteile.

Die weltgrößten Coltan-Vorkommen befinden sich im Kongo. Der Handel mit dem Erz ist seit Jahrzehnten Teil einer humanitären Katastrophe. Illegale Minen haben sich in weiten Teilen des Landes ausgebreitet und bedrohen, wo immer sie entstehen, Natur und Mensch. Der Regenwald wird brandgerodet und die lokale Bevölkerung wird aus ihren Dörfern vertrieben, oder schlimmeres. Die Nachfrage nach Coltan ist auch einer der Gründe, warum der Bürgerkrieg im Kongo immer weiter anhält. Die rivalisierenden Armeen kämpfen um die Abbaugelände, aus denen sie Geld ziehen können. Für die multinationalen Unternehmen, die das Coltan aus dem Kongo beziehen, spielt es keine Rolle, dass dieser Rohstoff, der in vielen Alltagsprodukten enthalten ist, Teil eines endlosen Bürgerkrieges ist. Sie haben auch kein Interesse daran, dass dies in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Das mag auch ein Grund sein, warum es so wenige Berichte aus dem Kongo gibt, obwohl dort seit 1997 mehrere Millionen Menschen starben.

Die Industrie gelangt günstig an Rohstoffe, die dann hier erst veredelt und zu Geld gemacht werden. Die Menschen in den Regionen des Globalen Südens, in denen die Rohstoffe abgebaut werden, haben davon oft wenig, abgesehen von einer kleinen Oberschicht. Die Grundlagen dafür wurden bereits vor 100 Jahren und mehr gelegt.

Quelle:

Aus Blut gemacht, unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/12/12868/1.html (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

medico international: Fluchtursache Reichtum – Migration und Rohstoffhandel in Westafrika, unter: <https://www.medico.de/fileadmin/migrated/document/media/1/fluchtursache-reichtum-migration-und-rohstoffh.pdf> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Militärische Gewalt

Damals: Der deutsche Völkermord an den Herero

In der deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (das heutige Namibia) wurde die lokale Bevölkerung der Herero im ausgehenden 19. Jahrhundert in Reservate gesperrt und ihr fruchtbares Land unter deutschen Siedler_innen und der Kolonialverwaltung aufgeteilt. Als die Hereros Widerstand leisteten, erteilte der für die Region zuständige deutsche General Adolf Lebrecht von Trotha im Jahr 1904 den Befehl, der zum Völkermord aufrief: "Ich, der große General der deutschen Soldaten, sende diesen Brief an das Volk der Herero: Das Volk der Herero muß jedoch das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot-Rohr (Geschütze) dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück, oder lasse auf sie schießen. Dies sind meine Worte an das Volk der Herero. Der große General des mächtigen Kaisers, von Trotha."

Von da an war jeder Herero, egal ob bewaffnet oder unbewaffnet, der innerhalb der deutschen Kolonie aufgegriffen wurde, sofort zu erschießen. Die meisten allerdings starben ohne direkte Gewalteinwirkung: Die Deutschen trieben sie hinaus in die Wüste und machten anschließend die Ausgänge dicht. „Die mit eiserner Strenge monatelang durchgeführte Absperrung des Sandfeldes vollendete das Werk der Vernichtung“, schreibt der Generalstab in seinem offiziellen Kriegsbericht.

Fast das ganze Volk – ungefähr 100.000 Menschen – starb in der Wüste. Nur einige Tausend überlebten, zur Zwangsarbeit in deutschen Konzentrationslagern in der Kolonie verurteilt. Gefangene wurden zur Zwangsarbeit im Straßen-, Wege- und Bahnbau eingesetzt. Die Bedingungen waren dermaßen hart, dass nicht einmal die Hälfte der Gefangenen die Strapazen überlebten.

Der Grund für den Aufstand der Hereros, so schrieb der General, liege in deren „kriegerischer und nach Freiheit strebender Natur“. Die Hereros waren jedoch nicht besonders kriegerisch. Zwei Jahrzehnte lang hatte ihr Regierungsvertreter Samuel Maherero einen Vertrag nach dem anderen mit den Deutschen ausgehandelt und unterzeichnet und den Eindringlingen weite Gebiete zugestanden – alles, um einen Krieg zu vermeiden. Aber genau wie die amerikanischen Siedler_innen, die sich an die Abkommen mit der indigenen Bevölkerung nicht gehalten hatten, fühlten sich auch die Deutschen als höherwertig und damit nicht an Abkommen gebunden, die sie mit der lokalen Bevölkerung getroffen hatten. Und wie in Nordamerika so setzten auch die deutschen Einwanderungspläne in Südwestafrika zu Beginn des Jahrhunderts voraus, dass der ansässigen Bevölkerung jeder Quadratkilometer nutzbaren Landes abgenommen werden müsste. Umso willkommener war der Widerstand. Endlich bot sich Gelegenheit, „die Hererofrage zu lösen“.

Quellen:

Wikipedia: Völkermord an den Herero und Nama, unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Völkermord_an_den_Herero_und_Nama (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Zitate von Kolonialakteuren und -gegnern, unter: <http://www.afrika-hamburg.de/zitate.html>: (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Militärische Gewalt

Heute: Ölförderung im Niger-Delta

Das Niger-Delta in Nigeria ist ein einzigartiges Ökosystem und die Heimat von 31 Millionen Menschen. Es verfügt über ein reiches Ölvorkommen und dennoch lebt ein großer Teil der Bevölkerung in Armut. Das Niger-Delta ist damit das vielleicht eindrucklichste Beispiel für den sogenannten "Fluch der Ressourcen". Statt an den Gewinnen teilhaben zu können, hat sich die Lebenssituation der Menschen vor Ort seit Beginn der Ölförderung vor 50 Jahren stetig verschlechtert. Denn immer häufiger leiden sie unter der Verseuchung von Wasser und Boden und können nicht mehr von Fischerei und Landwirtschaft leben.

Der britisch-niederländische Konzern Shell ist die wichtigste und größte im Nigerdelta tätige Ölgesellschaft. Seit Jahrzehnten wird berichtet, dass Shell nicht die erforderliche Sorgfalt walten lässt und es häufig zu Öllecks kommt, die von Shell nicht schnell genug beseitigt werden. Der Protest der lokalen Bevölkerung gegen die Zerstörung ihres Lebensraums führt immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen seitens des Militärs, die von den Ölkonzernen geduldet und verschwiegen werden.

Ein Beispiel ist das Massaker von Odioma im Jahr 2006: Durch friedliche Besetzungen, Demonstrationen, Eingaben an die Behörden in Abuja und Port Harcourt hatte die lokale Bevölkerung gegen die neuen Bohrungen der Öl-Konzerne protestiert. Die Bohrungen waren auf ihren Feldern, wo sie ihre Nahrung anbauten, geplant. Die River State Internal Security Task Force, eine Sondereinheit der nigerianischen Armee, die speziell dafür ins Leben gerufen wurde, die Ölförderung der Konzerne im Niger-Delta zu beschützen, stellte der Bevölkerung ein Ultimatum: Entweder sie geben die Felder für die Bohrungen frei, oder sie werden als Gesetzlose behandelt. Nach Ablauf des Ultimatums zerstörten sie die Stadt Odioma. Düsenjäger der nigerianischen Luftwaffe beschossen öffentliche Gebäude und Wohnhäuser mit Raketen. Ein Bataillon der River State Internal Security Task Force rückte auf Lastwagen ein, erschossen die fliehenden Menschen auf den Straßen und verbrannten sie in ihren Häusern.

Quelle:

Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen, unter: <http://www.zeit.de/2011/02/Nigerdelta-Rohstoff-Oel> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Rassismus

Damals: Die Entstehung des modernen Rassismus in der europäischen Aufklärung

Die Ursprünge des modernen Rassismus können bis auf die Zeit der europäischen Aufklärung zurückverfolgt werden. Im Europa des 18. Jahrhunderts existierten zwei widersprüchliche Ansichten: zum einen das europäische Bestreben nach Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit für die gesamte Menschheit, zum anderen, eine Kolonialpolitik, die eine gewaltsame Ausbeutung von Menschen und Ressourcen, Unterwerfung, Versklavung und Zwangsarbeit beinhaltete. Hinter dem Kolonialismus standen wirtschaftliche Interessen: Die wachsende Bevölkerung Europas konnte sich selbst nicht mehr ernähren, für die Industrialisierung fehlten natürliche Ressourcen.

Eine Antwort auf dieses Dilemma bot die rassistische Ideologie: Um diese unmenschliche Behandlung der Kolonisierten zu rechtfertigen, wurden Afrikaner_innen entmenschlicht. Die Aufklärung war ein Zeitalter der Wissenschaften, die auch bei der Formulierung der theoretischen Grundlagen des Rassismus zentral waren. Biolog_innen klassifizierten Menschen in „Rassen“ – dabei wurde die Hautfarbe zum wesentlichen Merkmal. Anthropolog_innen, Geograph_innen, Historiker_innen, später Psycholog_innen und Soziolog_innen wiesen den „Rassen“ intellektuelle Fähigkeiten und charakterliche und psychische Eigenschaften zu. Weißen wurden als positiv bewertete Eigenschaften zugeschrieben, wie Zivilisation, Geist, Vernunft, Rationalität, Aktivität, Kultur und Geschichte. Schwarzen wurden die gegensätzlichen und in der Ideengeschichte der Aufklärung negativ bewerteten Eigenschaften zugeschrieben, wie Wildheit, Körper, Sinnlichkeit, Emotionalität, Passivität, Natur und Geschichtslosigkeit. Auch die Philosophen der Aufklärung, federführend Kant und Hegel, verbreiteten die Annahme, dass die menschlichen „Rassen“ in einer hierarchischen Ordnung gegliedert sind, mit weißen Europäer_innen an der Spitze der Pyramide. So schreibt Kant in einer rassentheoretischen Schrift 1775: „Das Volk der Amerikaner nimmt keine Bildung an. Es hat keine Triebfedern (...) Sie (...) sorgen auch für nichts, und sind faul (...) Die Race der N****¹ (...) nimmt Bildung an, aber nur eine Bildung der Knechte, d.h. Sie lassen sich abrichten (...) Die Hindus (...) nehmen (...) Bildung im höchsten Grade an, aber nur zu Künsten und nicht zu Wissenschaften. Sie bringen es niemals bis zu abstrakten Begriffen (...). Die Race der Weißen enthält alle Triebfedern und Talente in sich (...). Wenn irgend Revolutionen entstanden sind, so sind sie immer durch Weiße bewirkt worden und die Hindus, Amerikaner, N**** haben niemals daran Theil gehabt.“

Die rassistische Ideologie durchzog die gesamte Kolonialzeit, um sie zu rechtfertigen (und ist bis heute tief in der westlichen Kultur verwurzelt, obwohl sie wissenschaftlich längst widerlegt ist). Der deutsche Kolonialbeamte und Schriftsteller Paul Rohrbach beispielsweise schrieb 1912 in seinem damals erfolgreichen Buch *Der deutsche Gedanke in der Welt*: „Weder unter den Völkern noch unter den Einzelwesen gilt als Recht, daß Existenzen, die keine Werte schaffen, einen Anspruch aufs Dasein haben. Keine falsche Philanthropie oder Rassentheorie ist imstande, für vernünftige Menschen zu beweisen, daß die Erhaltung irgendwelcher viehzüchtender südafrikanischer Kaffern oder ihrer Hackbau treibenden Vettern am Kiwu- und Viktoriasee, bei irgendeinem Maß von Selbständigkeit, Eigenwirtschaft und Unkultur für die Zukunft der Menschheit wichtiger sei, als die Ausbreitung der großen europäischen Nationen und der weißen Rasse überhaupt. Erst dadurch, daß der Eingeborene im Dienst der höheren Rasse, d. h. im Dienste ihres und seines eigenen Fortschritts, Werte schaffen lernt, gewinnt er ein sittliches Anrecht auf Selbstbehauptung.“ (Rohrbach 1912).

Quellen:

Elina Marmer: Rassismus in deutschen Schulbüchern am Beispiel von Afrikabildern (2'13

ZEP), unter: https://www.waxmann.com/index.php%3Feld%3Ddownload%26id_artikel%3DART101308%26uid%3Dfrei (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Paul Rohrbach: *Der deutsche Gedanke in der Welt*, Düsseldorf und Leipzig 1912

¹Zur diskriminierungssensiblen Nutzung des N-Worts, auch in Zitaten, siehe Anlage „Hintergrundmaterial für Lehrende 2: Glossar“

Rassismus

Heute: Afrikabilder in der Schule

Wird in den USA von Rassismus gesprochen, fällt oft der Begriff „color-line“. Eine Trennlinie spaltet die Gesellschaft nach Hautfarbe in Bezug auf den Zugang zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen und produziert radikal verschiedene Erfahrungen von Privilegierung oder Diskriminierung. Gibt es eine color-line auch in Deutschland? Elina Marmer, Rassismusforscherin mit Schwerpunkt Schulbücher, schreibt: „Wenn ich im Alltag Fragen nach meinem Beruf beantworte, fallen die Reaktionen binär aus. Die einen sind irritiert: Ob ich historische Schulbücher aus der Nazi-Zeit untersuche? Für andere ist es nicht verwunderlich, dass es Rassismus in deutschen Schulbüchern gibt; sie berichten über eigene oder Erfahrungen ihrer Kinder mit Rassismus in der Schule. Bis auf wenige Ausnahmen sind die, die verwundert sind, Weiß, die anderen People of Color.² Diese Spaltung ist bezeichnend für das Thema Rassismus in Deutschland – ob institutionell, strukturell oder individuell – ist er oft unsichtbar für die Weiße Mehrheit und gleichzeitig offensichtlich für die Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe hierarchisiert und ausgegrenzt werden.“

Diese einseitige Sichtbarkeit zeigt sich auch in Interviews zu Afrikabildern in Schulbüchern, die Marmer im Rahmen einer Studie mit Schwarzen Schüler_innen durchgeführte. Sie schreibt dazu: „Die interviewten Schüler_innen konnten rassistische Inhalte im Schulbuch sofort benennen und berichteten, wie die Behandlung von „Afrika“ im Unterricht rassistische Inhalte unkritisch tradiert. Sie forderten, das N-Wort aus dem Schulbuch zu entfernen. Sie beklagten das voyeuristische Benehmen ihrer Mitschüler_innen beim Anblick einer Abbildung der vom Hunger ausgemergelten Körper afrikanischer Kinder. Sie beschrieben, wie dieses Verhalten nahtlos in rassistische Angriffe übergeht. Diese Art von Abbildungen werden für ihre rassistischen Botschaften stark kritisiert, denn sie reduzieren Afrikaner_innen auf Opfer, die Katastrophen ausgeliefert und auf die Hilfe der (weißen) Betrachter angewiesen sind. So vermitteln z.B. Spendenplakate den Eindruck, dass es sich hierbei nicht um Ausnahmesituationen, sondern um den Alltag auf dem Kontinent handelt. Sie benennen weder Ursachen noch Umstände, weder Orte, noch Namen. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, was diese Bilder nicht zeigen: Dass es ein geregeltes selbstgestaltetes Leben auf dem afrikanischen Kontinent gibt. Weiße Schüler_innen fühlen sich durch die Bilder den ausgelieferten Menschen überlegen und projizieren dieses Gefühl auf ihre Mitschüler_innen afrikanischer Herkunft. Die Abbildungen sind so machtvoll, weil sie dem Betrachter vertraut sind und bereits vorhandenes „rassistisches Wissen“ bestätigen. Die schwarzen Schüler_innen beklagten die Reduzierung des Kontinents auf ein ‚armes Land‘ und die Darstellung der Menschen als ‚hilflos und ja, so komisch‘, was sie als demütigend empfinden.“

Quelle:

Elina Marmer: Rassismus in deutschen Schulbüchern am Beispiel von Afrikabildern (2'13 ZEP) (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

²Die hier verwendeten Begriffe „People of Color (POC)“, „Schwarz“ und „Weiß“ bezeichnen historisch und politisch konstruierte Gruppen, die sich durch unterschiedliche Privilegien, Machtbeteiligung und Ressourcenverfügung auszeichnen, in Bezug auf den gegenwärtigen deutschen Kontext.

Imperiale Bereicherung

Damals: Der belgische König und „sein“ Kongo

Der belgische König Leopold II., der von 1835 bis 1909 lebte, war von dem Gedanken eines Kolonialreichs fasziniert. Auch plagten den Herrscher Geldprobleme und mithilfe einer Kolonie wollte er wieder zu Reichtum gelangen. Durch den Abzug der portugiesischen Kolonialmacht aus dem Kongo sah er seine Chance gekommen. Jedoch tarnte er die eigenen imperialen³ und wirtschaftlichen Absichten unter dem Deckmantel von wissenschaftlich-wohlthätigen Zielen. Dadurch gelang es ihm auf der Berliner Afrikakonferenz 1884 (auch „Kongo-Konferenz“), die Vertreter der anderen Staaten zu überzeugen, den Kongo als seinen „Privatbesitz“ zu bestätigen. Dieser Status jenseits allen Völkerrechts ist selbst in der ganzen Kolonialgeschichte einzigartig. Da mit dem Kongo zugleich auch alle seine Bewohner_innen als rechtloser Privatbesitz des Königs angesehen wurden, kam es bei der wirtschaftlichen Ausbeutung zu grausamen Exzessen.

Die Vorgabe an die Kolonie war eindeutig: in kürzester Zeit sollte ein Maximum an Gewinn erzielt werden. Dafür befahl der König, die gesamte männliche Bevölkerung zur Kautschukgewinnung zwangszurekrutieren und ihre Familien dafür in Geiselhaft zu nehmen. Auf Nichterfüllung des Arbeitssolls und Widerstand standen Folter und die Todesstrafe. Allein in den Jahren 1884 bis zur Überschreibung des Freistaats Kongo an die belgische Regierung im Jahre 1908, forderte dieses fast vergessene Menschheitsverbrechen zehn Millionen Tote. Als sogenanntes Kongogräuel sorgte dies selbst damals international für Aufsehen und Empörung und Leopold II. wurde 1908 zur Übergabe des Kongo als „normale“ Kolonie an den belgischen Staat gezwungen.

Quelle:

Adam Hochschild: Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechens. Stuttgart 2001

³Das Wort Imperialismus bezeichnet, dass ein Staat seinen Macht- und Einflussbereich in der Welt mittels militärischer Gewalt, Kolonisation und wirtschaftlicher Ausbeutung ausweitet.

Imperiale Bereicherung

Heute: Zahlungen an die ehemalige Kolonialmacht

In den 1950er- und 60er-Jahren erklärten die afrikanischen Kolonien Frankreichs ihre Unabhängigkeit. Zwar akzeptierte die Regierung in Paris die Unabhängigkeitserklärungen, verlangte jedoch, dass die Länder im Gegenzug für ihre Unabhängigkeit eine Reihe von Forderungen erfüllen.

Die ehemaligen Kolonien wurden unter anderem dazu verpflichtet, das französische Schul- und Militärsystem beizubehalten, Französisch als Amtssprache zu etablieren, Frankreich ein Vorkaufsrecht auf alle neuentdeckten Rohstoffvorkommen einzuräumen, französische Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt zu behandeln⁴ und zu guter Letzt, weiterhin die französische Kolonialwährung FCFA („Franc für die Kolonien Frankreichs in Afrika“) zu verwenden.

Was hat es mit dieser Kolonialwährung auf sich? Der FCFA war 1945 von Frankreich ins Leben gerufen worden, um die Schwäche des französischen Franc unmittelbar nach Kriegsende ein Stück weit aufzufangen. Durch die Einführung des Franc in weiten Teilen Afrikas, sollte eine starke Abwertung verhindert sowie Frankreichs Zugang zu günstigen Exporten aus diesen Ländern gesichert werden. Von den französischen Ministern wurde dies als ein Akt der Wohltätigkeit und Selbstlosigkeit verkauft. Es wurde gesagt, dass der FCFA, als an den Franc gebundene Währung, die Afrikaner_innen vor den Konsequenzen ihrer Armut schützen werde. Die meisten Ex-Kolonien nutzen des FCFA bis heute. Dessen Verwendung ist jedoch gebunden an eine Reihe von Auflagen. Die FCFA-Länder sind dazu verpflichtet, 85 Prozent ihrer Währungsreserven in der französischen Zentralbank in Paris zu lagern. Dort jedoch unterstehen sie der direkten Kontrolle des französischen Finanzministeriums. Die afrikanischen Länder haben keinen Zugang zu diesem Teil ihrer Reserven. Sollten ihre verbleibenden 15 Prozent Reserven nicht ausreichen, müssen sie sich die zusätzlichen Mittel vom französischen Finanzministerium zu marktüblichen Zinsen leihen. Bei Währungsreserven handelt es sich um finanzielle Rücklagen eines Staates in Form fremder Währungen, zumeist sind das Dollar oder Euro. Sie dienen der Absicherung des internationalen Handels. Dort, wo die geldbasierte Wirtschaftskraft relativ gering und die Abhängigkeit von Importen groß ist, wie in den meisten afrikanischen Ländern, wird der größte Teil der lokalen Ersparnisse auf Währungsreserven verwendet. So kontrolliert Paris mittels der FCFA Währung seit 1961 und bis heute die Währungsreserven und damit auch große Teile der Ersparnisse von Benin, Burkina Faso, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Mali, Niger, Senegal, Togo, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Kongo, Äquatorialguinea und Gabun. Dadurch, dass der FCFA fest an die französische Währung gekoppelt ist, ist diesen Ländern eine eigenständige Geldpolitik, und die damit verbundene wirtschaftliche Planung, nicht möglich. Sie sind heute, wie ein Euro-Land, abhängig von der Politik der europäischen Zentralbank (EZB).

Quellen:

Wikipedia: CFA-Franc-Zone, unter: https://de.wikipedia.org/wiki/CFA-Franc-Zone#Kritik_am_CFA-Finanzsystem (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: Frankreich kann seinen Status nur mit Ausbeutung der ehemaligen Kolonien halten, unter: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/15/frankreich-kann-seinen-status-nur-mit-ausbeutung-der-ehemaligen-kolonien-halten/> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

⁴Als Folge dieser Bedingung für die „Dekolonisierung“ befinden sich dort heute noch die meisten Vermögenswerte in den Bereichen Versorgung, Finanzen, Transport, Energie und Landwirtschaft in den Händen französischer Konzerne.

Sklaverei und ausbeuterische Arbeitsbedingungen

Damals: Sklavenhandel seit dem 16. Jahrhundert

Anfang des 16. Jahrhunderts, in der europäischen Neuzeit, verbreitete sich die Sklaverei mit der Ausdehnung des europäischen Seehandels und der Unterwerfung überseeischer Kolonien. Neben dem Sklavenhandel in anderen Regionen der Welt, gab es vor allem den atlantischen Sklavenhandel.

Bewohner_innen des westlichen, zentralen und südlichen Afrikas wurden durch Europäer_innen versklavt, gekauft, mit Schiffen nach Nordamerika, Südamerika und in die Karibik transportiert und dort weiterverkauft, um als Arbeitskräfte auf Zuckerrohr-, Getreide-, Baumwoll-, Kaffee-, Kakao- und Tabakplantagen sowie in Bergwerken zu arbeiten. Denn die Wirtschaftssysteme der europäischen Kolonien in Amerika erforderten viele Arbeitskräfte. Die gewonnenen Erzeugnisse der Plantagen und Minen wurden u.a. nach Europa verschifft. Noch im 18. Jahrhundert war der Sklavenhandel ein wesentlicher Bestandteil der transatlantischen Wirtschaft.

Der Wirtschaftshistoriker Eric Williams hat sich intensiv mit der Bedeutung des neuzeitlichen Sklavenhandels für die Entwicklung Großbritanniens im 18. und 19. Jahrhundert auseinandergesetzt. Er kommt zu dem Schluss, dass Europa seinen heutigen Wohlstand auch, oder sogar gerade, der jahrhundertelangen Ausbeutung afrikanischer Sklav_innen zu verdanken hat.

Um diese These zu belegen, führt er verschiedene Argumente an: Der Handel mit Sklav_innen und der Betrieb der Plantagen, auf denen sie zur Arbeit gezwungen wurden, war ein äußerst gewinnträchtiges Geschäft. Diese Gewinne flossen nach Europa und lieferten dort das nötige Kapital für weitere wirtschaftliche Entwicklungen, herauszustellen ist hier die Industrialisierung seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts. Auch konnten mit Hilfe von Sklav_innenarbeit in den Kolonien günstig Rohstoffe für die Weiterverarbeitung in Europa produziert werden. Ein eindrückliches Beispiel ist die amerikanische Baumwolle, welche von unersetzlicher Bedeutung für die Entstehung der englischen Textilindustrie war. Rohstoffe wie Baumwolle, welche vormals teuer aus Asien hatten importiert werden müssen, standen durch Sklav_innenarbeit günstig und in großer Menge zur Verfügung.

Darüber hinaus stellten die Sklav_innengesellschaften, insbesondere auf dem amerikanischen Kontinent, eine wichtige Absatzquelle für die Produktion aus den angehenden Industrienationen dar. So konnte deren Wirtschaft weit über das hinaus wachsen, was möglich gewesen wäre, wenn allein für den „heimischen Markt“ produziert worden wäre. Weiter gedacht bedeutet dies, dass der heutige Wohlstand in Europa und die Jahrhunderte grausamster Ausbeutung des Rests der Welt nicht voneinander zu trennen sind.

Quellen:

Eric Williams: Capitalism & Slavery, Oxford University Press, 1944

Wikipedia: Atlantischer Sklavenhandel, unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantischer_Sklavenhandel (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Sklaverei und ausbeuterische Arbeitsbedingungen

Heute: Moderne Sklaverei in Europas Gemüsegarten

Auf mehr als 35.000ha werden in Südspanien, vor allem in der Provinz Almería, Gemüse und Früchte für den Export nach Europa produziert. Hauptsächlich im Winter beliefert die Region Europas Supermärkte mit billigem und frischem Gemüse. Die ganze Anbaufläche ist mit Plastik- und Glasdächern überspannt und wird deshalb auch als der Wintergarten Europas bezeichnet, oder – weniger beschönigend – als *Mar del Plástico*, das Plastikmeer.

Die Bewässerung und der Unterhalt der Treibhäuser sind recht teuer, daher wird an den Kosten für die Arbeiter_innen gespart, um bei dem Preisdruck auf dem europäischen Lebensmittelmarkt mithalten zu können. Auf den Plantagen herrschen daher sklavenähnliche Arbeitsbedingungen für die Landarbeiter_innen. Die meisten von ihnen stammen aus Marokko, Senegal, Burkina Faso, Mali und anderen westafrikanischen Ländern, ihre Anzahl allein im „Plastikmeer“ von Almería wird auf 100.000 bis 150.000 geschätzt. Viele von ihnen haben keine Aufenthaltsgenehmigungen und sind dadurch den Arbeitgeber_innen ausgeliefert. Sie erhalten keine Arbeitsverträge und können je nach Bedarf und ohne Komplikationen wieder entlassen werden. Die Löhne sind armselig, zwischen 20 und 35 Euro pro Tag, und Arbeit gibt es nicht jeden Tag für alle. Mitunter werden die Löhne auch gar nicht ausgezahlt, da die illegalisierten Migrant_innen keine rechtlichen Möglichkeiten haben, ihren Lohn einzuklagen und ihnen andernfalls droht abgeschoben zu werden.

Auch die weiteren Arbeitsbedingungen in den Gewächshäusern sind mies: extreme Hitze - im Sommer kann es schon 60°C unter den Folien werden – und verbale aber auch sexuelle Übergriffe durch die Arbeitgeber. Durch den Pestizideinsatz kommen die Arbeiter_innen in Kontakt mit giftigen Substanzen ohne ausreichende Schutzkleidung. Sie werden krank mit Kopfschmerzen, Hautausschlägen und Erbrechen. Manche sterben an den Folgen von Vergiftungen. Die Arbeiter_innen wohnen in Baracken aus Holzpaletten, Kartons und alten Plastikfolien zwischen den Gewächshäusern und Müllhalden, ohne Wasser oder Klo.

Obwohl Spanien von der Finanz- und Wirtschaftskrise extrem getroffen wurde, eine Gesamtarbeitslosenrate von 21 Prozent und sogar 51 Prozent Jugendarbeitslosigkeit existiert, will kein_e Spanier_in unter diesen menschenunwürdigen Bedingungen unter dem Plastikmeer arbeiten. Nicht nur in Spanien, auch in italienischen, französischen, deutschen, britischen, niederländischen oder portugiesischen Treibhäusern, Fleischfarmen, Schlachtereien und Fabriken schufteten jeden Tag hunderttausende Migrant_innen unter ähnlichen Bedingungen. In der landwirtschaftlichen Massenproduktion maximieren Großunternehmen ihren Gewinn, indem die Kosten für die menschliche Arbeitskraft so tief gedrückt werden wie möglich. Viele Menschen sind so arm, dass sie diese Arbeitsbedingungen akzeptieren. Ohne legalen Aufenthaltsstatus haben sie Angst, entdeckt zu werden und erdulden die krankmachende Arbeit, die für einige vielleicht immer noch besser als gar keine Arbeit ist. Im Heimatland gibt es keine Perspektive, politische Konflikte und vor allem keine Arbeit. Alle Hoffnung wird auf Arbeit in Europa gesetzt.

In Europa profitieren Unternehmen und Konsument_innen davon. Eine Salatgurke für 49 Cent? Drei Paprika aus Spanien für 1,19 Euro? Hauptsache billig! 1950 hat ein_e Durchschnittsdeutsche_r noch fast die Hälfte seines Einkommens für Essen ausgegeben, inzwischen sind es nur noch 14 Prozent. Das sagt viel darüber aus, was uns unsere Ernährung eigentlich wert ist. Es gibt jedoch keine superbilligen Lebensmittel, es gibt überhaupt keine megagünstigen Produkte – irgendwer muss dafür bezahlen. Mal die Landarbeiter in Spanien, mal die Fabrikarbeiter_innen in den Apple-Zulieferfabriken in China, mal die Hühner in der Legebatterie.

Quellen:

Arbeit&Wirtschaft: Billige Tomaten hier – moderne Sklaverei dort, unter: <http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/>

Index&n=X03_1.a_2011_07.a&cid=1309863404502 (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Susanne Kaiser: Europas neue Sklaven: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-10/fluechtlinge-ausbeutung> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Widerstand

Damals: Maji-Maji-Aufstand

Der Maji-Maji-Aufstand von 1905 bis 1907 war eine Erhebung der lokalen Bevölkerung im Süden Deutsch-Ostafrikas (heute: Tansania, Burundi, Ruanda und Teile Mosambiks) gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Ursachen für den Aufstand waren die repressiven Zustände im kolonialen System und die Ausschaltung der einheimischen Wirtschaft. Der Maji-Maji-Krieg endete für die lokale Bevölkerung mit einer verheerenden Niederlage.

Letztlicher Auslöser für den Aufstand war eine neue Steuerverordnung im März 1905. Eine Kopfsteuer von drei Rupien für jeden erwachsenen Mann wurde erlassen. Steuern waren das beste Mittel der Kolonialregierung, die lokale Bevölkerung zur Arbeit auf den Plantagen zu zwingen. Denn wer Steuern zahlen muss, muss auch Geld verdienen, und dies war nur auf den Feldern der weißen Farmer_innen möglich.

Im Sommer 1905 hatte der Widerstand begonnen, am 20. Juli. Auf einer Baumwollplantage nahe dem Dorf Nandete rissen die Arbeiter_innen die Baumwollpflanzen aus der Erde. Was zunächst aussah wie eine ganz gewöhnliche Arbeitsverweigerung, war eine Kriegserklärung gegen die Zwangsarbeit, Gewalt und Ausbeutung. Die lokale Bevölkerung erhob sich in einer breiten Allianz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gegen die deutsche Kolonialmacht. Ein starkes Motivationsmittel für die Kämpfer_innen war die Prophezeiung eines Mediziners, der die Befreiung von der kolonialen Herrschaft und eine Zukunft in Wohlstand voraussagte. Ein wichtiger Bestandteil der Botschaft war das maji, der Swahili-Begriff für Wasser. Eine Medizin aus heiligem Wasser versprach Unverwundbarkeit im Kampf. Nach diesem Wasser wurde der Krieg Maji-Maji-Krieg genannt.

Auf dem Höhepunkt seiner Ausbreitung befanden sich rund 20 unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, der gesamte Südwesten Deutsch-Ostafrikas und damit rund ein Drittel des Territoriums der Kolonie im Krieg mit der deutschen Kolonialmacht. Doch trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit, hatten die afrikanischen Kämpfer_innen der Tödlichkeit moderner Waffen wie dem Maschinengewehr wenig entgegenzusetzen. Schon bald mieden die Maji-Maji-Kämpfer_innen offene Feldschlachten und verlegten sich auf eine Guerillataktik. Die Deutschen antworteten mit "verbrannter Erde". Sie schnitten Versorgungswege ab, vergifteten Brunnen, vernichteten Felder und Vorratsspeicher, machten ganze Dörfer dem Erdboden gleich und hängten Gefangene an Bäumen auf. Die meisten Menschen starben so nicht direkt im Krieg, sondern an Hunger. "Befriedung" nannte die deutsche Kolonialmacht das.

Am Ende des Krieges, nach etwa zwei Jahren, waren ganze Landstriche entvölkert. Das Kolonialregime bezifferte die Zahl der Toten auf 75.000, der tansanische Historiker Gilbert Gwassa geht davon aus, dass es bis zu 300.000 waren. Die Toten auf deutscher Seite werden auf 400 Soldaten geschätzt, davon 15 weiße Europäer.

Quelle:

Wikipedia: Maji-Maji-Aufstand, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Maji-Maji-Aufstand> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Widerstand

Widerstand – Heute: Kleinbäuer innen fordern Ernährungssouveränität

La Via Campesina ist eine globale Bewegung von Kleinbäuer_innen und Indigenen. Seit ihrer Gründung 1993 setzt sich die Organisation für eine ökologische, nachhaltige und sozial gerechte Landwirtschaft ein. La Via Campesina ist ein Zusammenschluss der ländlichen Bevölkerungen, um ihre Interessen gegen Großgrundbesitzer_innen, Konzerne, Regierungen und internationale Institutionen zu verteidigen und durchzusetzen. Dabei geht es viel um aktiven Widerstand: Kleinbäuer_innen besetzen Land, das ihnen genommen wurde, kämpfen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, brennen Genfelder ab oder halten sie wochenlang besetzt, gründen Kooperativen und bauen eigene Saatgutbanken auf.

Dem konzernkontrollierten Modell der industriellen Nahrungsproduktion auf großen Plantagen setzt La Via Campesina das Konzept der Ernährungssouveränität entgegen. An erster Stelle steht also das Recht eines jeden Menschen auf den Zugang zu ausreichend gesunden, nahrhaften und kulturell angemessenen Nahrungsmitteln. Das schließt das Recht ein, selbst über die eigene Ernährung entscheiden zu können. Daneben umfasst Ernährungssouveränität das Recht zu produzieren. Demnach muss jeder Mensch ebenso wie jede Gemeinschaft die Möglichkeit haben, Nahrungsmittel selbst herzustellen. Voraussetzung hierfür ist der Zugang zu Produktionsmitteln wie Land, Wasser oder Saatgut.

La Via Campesina glaubt, dass der zentrale Konflikt in der globalen Landwirtschaft kein Nord-Süd-Problem ist, sondern ein Konflikt zwischen zwei Produktionsmodellen: dem einer industrialisierten, exportorientierten Landwirtschaft im Interesse der Profitmaximierung transnationaler Konzerne und dem Modell einer bäuerlichen, kleinteiligen und ökologischen Landwirtschaft. Hierin zeigt sich das revolutionäre Moment der Forderung nach Ernährungssouveränität: Es steht der herrschenden Agrarpolitik wesentlich entgegen. Statt auf Weltmarktorientierung, Monokulturen und Mega-Agrarfarmen setzt das Leitbild auf eine lokale, sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft; statt auf eine Agrarpolitik, in der nur wenige etwas zu melden haben, auf ihre umfassende Demokratisierung; und statt auf die Plünderung der Ressourcen des Südens durch den Norden und die Ausbeutung von insbesondere Frauen und migrantischen Arbeitskräften auf die Überwindung von patriarchalen, rassistischen und kolonialen Unterdrückungsverhältnissen.

Quelle:

Pia Eberhardt: Für eine Repolitisierung der Agrarpolitik, INKOTA, unter:

[https://www.inkota.de/fileadmin/user_upload/Themen_Kampagnen/Ernaehrung_und_Landwirtschaft/Pia_Eberhardt - Fuer eine Repolitisierung der Agrarpolitik.pdf](https://www.inkota.de/fileadmin/user_upload/Themen_Kampagnen/Ernaehrung_und_Landwirtschaft/Pia_Eberhardt_-_Fuer_eine_Repolitisierung_der_Agrarpolitik.pdf) (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

<http://www.welt-ernaehrung.de/2013/11/13/kleinbauern-leisten-widerstand/> (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)

Internationale Handelspolitik

Damals: Die koloniale Erschließung des Kongobeckens

Als der „Entdecker“ Henry Morton Stanley im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. im Februar 1879 in Richtung des Kongo aufbrach, war dieses Gebiet in Zentralafrika eines der letzten weltweit, in dem die europäischen Kolonialmächte noch nicht ihre Flaggen gehisst hatten. Stanley hatte den Auftrag, entlang des Flusses Stützpunkte für den belgischen König zu errichten und von dort aus das Hinterland über den Bau von Straßen zu erschließen. Doch sah er sich selbst nicht nur als ausführende Kraft des belgischen Königs Leopold, sondern hatte auch eigene Visionen, wie die Erschließung des Gebiets für Europa von Nutzen sein könnte: „(...) wenn ich das wunderbare Glück hätte und die Millionen Schwarzen im Inneren überreden könnte, ihre aus Gras hergestellte Kleidung abzulegen und dafür sich mit den alten Kleidern zu versorgen, die man auf den Trödelmärkten unserer Hauptstädte findet. Welch ungeheurer Markt für alte Kleider wäre hier gefunden!“

König Leopold II. hingegen war mehr interessiert an den Rohstoffen, über die die Region um den Kongo verfügte. So beauftragte er Stanley, „daß Sie alles Elfenbein aufkaufen, das sich im Kongo finden läßt“, erleichtert durch die zuvor angelegten Straßen, die das Kontrollgebiet Leopolds vergrößern sollten. Doch mehr noch als an Rohstoffen, war Leopold an der langfristigen Kontrolle der Ländereien im Kongo gelegen. So schrieb er: „es ist unerlässlich, daß Sie so viel Land kaufen, wie sie erlangen können, und daß Sie so bald wie möglich und ungesäumt alle die Häuptlinge (...) der Oberhoheit unterwerfen“. Dies sollte vor allem in Form von Verträgen geschehen, mit dem Ziel „unbeschränkte Verfügungsgewalt“ zu erlangen. Konkret hieß dies, dass die Bewohner_innen des Kongobeckens „für sich und ihre Erben und Nachfolger für alle Zeitender genannten Association die Souveränität und alle souveränen und Herrscherrechte über ihre sämtlichen Gebiete [zu übertragen]“. Leopold gelang es so – häufig im Tausch gegen Kleidungsstücke, Alkohol und *marktfähige Waren* – ein Handelsmonopol im Kongobecken zu errichten, während er europäischen und nordamerikanischen Politikern von seiner Vision der Öffnung Afrikas für den Freihandel erzählte.

Leopolds aggressive Expansionspolitik ging auf und Mitte der 1880er Jahre wehte in den Dörfern von 450 Häuptlingen entlang des Kongobeckens die Flagge von Belgisch-Kongo.

Quelle:

Adam Hochschild: Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen. Stuttgart 2001

Internationale Handelspolitik

Heute: Malis Öffnung für den Baumwollweltmarkt

Mali erlangte seine (formelle) Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960. Geleitet von einer staatssozialistischen Politik, setzte das Westafrikanische Land vor allem auf den Anbau von Baumwolle. In den folgenden Jahren gelang es durch den staatlich gelenkten Anbau und Verkauf der Baumwolle die materiellen Voraussetzungen der ländlichen Bevölkerung deutlich zu verbessern.

Allerdings führte die einseitige Förderung der (Baumwoll-)Industrie zu einer Vernachlässigung des Agrarsektors und es mussten Nahrungsmittel importiert werden. Als sich Mali in Folge von starkem Bevölkerungswachstum und Dürreperioden für den Kauf von Nahrungsmitteln immer mehr verschulden musste, schritten Ende der 1990er Jahre die Weltbank und der Internationale Währungsfond (IWF) ein und gewährten weitere Kredite – im Gegenzug für sogenannte Strukturanpassungsmaßnahmen. Dies bedeutet, dass die nationalen Wirtschaftsstrukturen an einer globalen Arbeitsteilung ausgerichtet, Produktpreise an den Weltmarkt gekoppelt und generell die nationalen Märkte für die Weltwirtschaft geöffnet werden.

Konkret hatte dies zur Folge, dass der Baumwollanbau der staatlichen Kontrolle (und dessen sozialen Sicherungssystemen) entzogen und privatisiert wurde. Die Preise für die erzeugte Baumwolle richteten sich zudem nicht mehr nach den tatsächlichen Erzeugungskosten, sondern nach den Weltmarktpreisen. Der Preiskampf auf dem Weltmarkt für Baumwolle wird allerdings nicht mit gleichen Mitteln bestritten. Während die USA oder die EU ihren Erzeuger_innen durch Subventionen helfen die Preise zu drücken, haben malische Produzent_innen aufgrund der wirtschaftlichen Lage Malis keine solche Unterstützung und erzielen lediglich Einkommen, die selten zum Überleben reichen. Im Fall des Baumwollhandels ist von asymmetrischen Handelsbeziehungen die Rede, in denen eine Partei einen bestehenden wirtschaftlichen Vorteil nutzt, um Kontrolle über einen Sektor des Handels zu erlangen und somit ihre Macht weiter ausbauen kann.

Infolge dieser ungleichen Situation, sahen sich viele malische Baumwollproduzent_innen gezwungen für Großhändler_innen zu produzieren, die ihnen zwar eine feste Abnahme ihrer Produktion versprechen, aber auch starke Abhängigkeiten erzeugen. So werden ihnen die Verwendung von kostenpflichtigem Saatgut oder Pestiziden vorgeschrieben, die zum einen zu einer weiteren Verschuldung und zum anderen zu Krankheiten und einer dauerhaften Degradierung ihrer Böden führen (können). Viele sehen unter diesen Umständen keine Lebensperspektive in Mali und wählen die Flucht in andere afrikanische Staaten oder den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa.

Quelle:

Medico International: Fluchtursache Reichtum. Rohstoffhandel und Migration in Westafrika, unter: https://www.medico.de/fileadmin/_migrated_/document_media/1/fluchtursache-reichtum-migration-und-rohstoffh.pdf (zuletzt abgerufen am 23.07.2018)